

Sehr geehrte Pressevertreter,

bezugnehmend auf den am 06.10.2018 erschienenen Leserbrief "Zuverlässige Politik sieht anders aus!" möchte ich gerne folgende Gegendarstellung im Namen der UFL einbringen:

KNN-Beteiligung - Sichere Anlage oder zu hohes Risiko?

Warum sollte sich die Stadt Lönigen weiter als bisher an der KNN beteiligen? - Im Leserbrief vom 06.10.2018 wird darauf verwiesen, dass es sich bei der weiteren Beteiligung an der KNN um kommunale Daseinsvorsorge handle. Dies ist aus meiner Sicht nicht der Fall, denn die Infrastruktur der Energieversorgung ist bereits jetzt in Lönigen gesichert, auch ohne weitere Beteiligung an der KNN. Lönigen ist bereits Mitglied der KNN und genießt damit bereits jetzt ein Mitspracherecht bei Vorgängen der KNN.

*Warum sollte sich die Stadt Lönigen **nicht** weiter als bisher an der KNN beteiligen?* - Es ist richtig, dass die schuldenfinanzierte Erhöhung der Beteiligung an der KNN von der Kommunalaufsicht geprüft wurde, allerdings nicht auf Form und Qualität. In der Beschlussvorlage der Stadt Lönigen sowie im dazugehörigen Informationsblatt und in einem beauftragten Gutachten wird explizit und mehrfach auf den möglichen Totalverlust des eingesetzten Kapitals hingewiesen. Gleichzeitig wies man darauf hin, dass Höhe und Zeitpunkt von Zuflüssen aus den Vermögensanlagen weder zugesichert noch garantiert werden können.

Somit sind die im Leserbrief von Herrn Osinski unterstellten Einnahmen von ca. 1 Mio € keineswegs sicher und können erheblich geringer ausfallen, so dass damit die unterstellte Kalkulation ad absurdum geführt wird. In diesem Fall müsste der Kapitaldienst teilweise oder ganz aus Steuermitteln getragen werden.

Sven Stratmann, Bürgermeister der Stadt Friesoythe, teilte in einer Presseanfrage mit, durch die Anleihe in Höhe von 6,4 Mio € habe man den Schuldenstand der Stadt Friesoythe deutlich erhöht und sich von dem vermeintlichen Erfolg und der zugesagten Rendite blenden lassen. Er werde dem Rat das Thema mittelfristig zur erneuten Beratung vorlegen mit dem Ziel, die Beteiligung gegebenenfalls zu schmälern.

Auch die Gemeinde Saterland bzw. die Kommune Sögel zeigen sich von einer Erhöhung der Beteiligung nicht überzeugt. In der dazugehörigen Beschlussvorlage der Gemeinde Sögel heißt es: "Das weitere Risiko der Samtgemeinde Sögel besteht darin, dass eine zukünftige Veräußerung der Anteile nicht zu dem Ankaufspreis erfolgen muss. Es würde im Falle der Veräußerung im Jahre 2028 eine Neubewertung der EWE Netz AG erfolgen und diese Bewertung kann unter Umständen auch negativ verlaufen. Somit würde der eingesetzte Wert nicht wieder erzielt werden."

In der Haushaltsdebatte im Juni 2018 wurden die Risiken (möglicher Totalverlust und Unsicherheit in der Garantiedividende) nicht behandelt, es wurde ausschließlich auf die theoretische Rendite verwiesen, weswegen die UFL der Bildung eines entsprechenden Haushaltspostens zustimmte. Nach Prüfung der erst kurzfristig zur Verfügung gestellten, sehr umfangreichen (>500 Seiten) Informationsunterlagen der Stadt Lönigen, haben wir uns dazu entschieden - und das übrigens unabhängig voneinander -, dass das Risiko einer Ausweitung der Beteiligung für die Stadt Lönigen zu hoch ist.



J. Bremersmann | B. Sibbel | C. Fresenborg | FJ Kühne | Dr. S. Rode | F. Steinke | G. Wendt

Im Falle eines Totalverlustes entspricht der Verlust dieser Investition immerhin ca. einem Siebtel des derzeitigen Gesamtschuldenstandes der Stadt Lönigen. Zudem müsste die geplante Erweiterung der Beteiligung komplett kreditfinanziert werden, es müssten also Kredite in Höhe von ca. 3Mio € aufgenommen werden.

Aus diesen Gründen konnten wir, nach intensiver Beschäftigung mit diesem Thema, dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Dr. Sebastian Rode

Ratsherr der Stadt Lönigen und Pressewart der UfL